



Kreisausländerbeirat

## PRESSEINFORMATION

Dietzenbach, 2019-12-11

# Diskussion über den neuen Gesetzesentwurf der Landtagsfraktionen von CDU und Bündnis 90/Die Grünen zur künftigen Situation von Ausländerbeiräten in Hessen

Der Kreisausländerbeirat Offenbach hat wegen der Dringlichkeit der Thematik kurzfristig zu einer außerordentlichen Plenarsitzung am 09.12.2019 eingeladen und sich mit dem Gesetzesentwurf befasst.

Rund 50 Vertreterinnen und Vertreter der Ausländerbeiräte aus den Kreiskommunen sowie Migrantenselbstorganisationen haben sich über die Ausführungen zum Gesetzesentwurf von Tim van Slobbe, stellvertretender Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft der Ausländerbeiräte Hessen (agah), informiert.

Hüsamettin Eryilmaz, Vorsitzender des Kreisausländerbeirates Offenbach, hat den Anwesenden zuvor anhand einer Präsentation die Arbeit der Ausländerbeiräte am Beispiel des Kreisausländerbeirates vorgestellt.

Der Gesetzesentwurf der Fraktionen der schwarz-grünen Landesregierung zur „Verbesserung der politischen Teilhabe von ausländischen Einwohnerinnen und Einwohnern an der Kommunalpolitik sowie zur Änderung kommunal- und wahlrechtlicher Vorschriften“ hat erhebliche Folgen für die jetzigen Ausländerbeiräte in Hessen.

Mit dem geplanten Optionsmodell können die Kommunen künftig entscheiden, ob sie Ausländerbeiräte wählen lassen oder anstatt dieser sogenannte Integrations-Kommissionen einsetzen. Die Anzahl der Ausländerbeiräte würde dadurch drastisch zurückgehen und

damit drohe für viele der in Hessen lebenden Migrantinnen und Migranten der Wegfall ihres Wahlrechts und ihres Ausländerbeirates, so der einhellige Tenor der Versammlung. Auch die Existenz des bestehenden Kreisausländerbeirates Offenbach stehe dadurch auf dem Spiel.

Für Nicht-EU-Staatsangehörige ist die Stimmabgabe zum Ausländerbeirat die einzige Form der politischen Teilhabe und ihre persönliche Beteiligung im Rahmen von Wahlen und Abstimmungen.

Über die aktuellen Pläne der Fraktionen der schwarz-grünen Landesregierung hinsichtlich des Optionsmodells sind die Anwesenden sehr besorgt.

„Wir appellieren an die Verantwortlichen in der Landespolitik, die durch Wahlen demokratisch legitimierten Ausländerbeiräte beizubehalten sowie zu stärken und an der Regelung festzuhalten, dass in allen Kommunen mit mehr als 1.000 ausländischen Einwohnerinnen und Einwohnern ein Ausländerbeirat verpflichtend einzurichten ist.“, so der KAB-Vorsitzende weiter. Dies wäre auf der einen Seite ein deutliches Zeichen zur Förderung der Demokratie, für politische Partizipation und Teilhabe von Migranten und auf der anderen Seite auch gegen Demokratieverdrossenheit, Rechtspopulismus und Rechtsextremismus.

„Um den Gesetzesentwurf zur politischen Beteiligung von Migrantinnen und Migranten zu erörtern, wird der Kreisausländerbeirat mit den Landtagsabgeordneten aus dem Kreis Offenbach zeitnah ins Gespräch kommen“, so abschließend Hüsamettin Eryilmaz.